

die Modulation und damit eine Differenzierung in der Prämienvergabe einführt, unterstützt diejenigen Kräfte in Europa (vor allem in der EU-Kommission), die diese Richtung schon in der Agenda 2000 viel stärker und obligatorisch für die ganze EU vorgeschlagen hatten. Natürlich erklärt sich auch erst vor diesem Hintergrund der Widerstand, den Bauernverband und andere gegen die Einführung der Modulation in Deutschland aufbringen.

Anmerkungen

1 Die einzelnen Förderprogramme bzw. -maßnahmen der GAK beziehen sich in der Regel auf den Förderrahmen, den die so genannte „zweite Säule“ der EU-Agrarpolitik vorgibt (VO (EG) 1257/1999). Insofern regelt die GAK auch einen Teil der nationalen Umsetzung der EU-Agrarpolitik. Allerdings wickeln die Bundesländer einen

Teil der EU-Programme direkt mit der EU-Kommission ab, ohne finanzielle Beteiligung des Bundes. Bayern, Baden-Württemberg und andere gehen diesen Weg z. B. bei den Agrarumweltprogrammen.

2 Eine Aufstellung über die Mittelverteilung für das Jahr 2002 lag zum Redaktionsschluss nicht vor.

3 Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (2000): Agrarbericht der Bundesregierung 2000, S. 73 / Ziffer 209.

4 1 GVE entspricht z. B. einer ausgewachsenen Kuh

Autor

Ulrich Jasper, stellvertretender Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft.

Kontakt:

AbL, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm

Telefon: 0 23 81/90 53 17-1

E-Mail: jasper@bauernstimme.de

Einige praktisch-politische Vorschläge zur Agrarwende

von Götz Schmidt und Ulrich Jasper

Die wenig beneidenswerte Aufgabe einer neuen Agrarpolitik ist, dass sie ein ganzes Fortschrittsmodell in Frage stellen muss. Mit der Korrektur einzelner Fehlentwicklungen ist es nicht getan. Der moderne Bauer ist, ebenso wie wir alle, den Versprechungen der Moderne gefolgt. Befreiung von Naturzwängen, individuelle Autonomie, soziale Gerechtigkeit und Entlastung von Arbeit waren die Hoffnungen, die hinter jedem Stallneubau und Maschinenkauf standen. Arbeitsbedingungen wie für jeden anderen auch, freies Wochenende, Urlaub, auch einmal krank werden können, ein angemessenes Einkommen – das alles sollte der Fortschritt bringen.

Wir sehen heute, dass dieses Fortschrittsmodell in einer Sackgasse endet. Das wird vollends offenbar bei den nicht wenigen Bauern, die mit dem Fortschritt Erfolg hatten. Einige spezialisierte Schweinemäster können ihre Arbeitszeit auf wenige Stunden am Tag reduzieren und auch das Einkommen kann zeitweise stimmen. Doch gerade auf sie zeigt die Gesellschaft mit Fingern und schreibt an

den neuen Stall „Schweine-KZ“. Der Schweinemäster hat genau das getan, was wir alle wollten: billige Koteletts herstellen. Deshalb muss es einen anderen Ausweg aus der Sackgasse geben als den Bauern zum Schuldigen zu erklären.

Die Gesellschaft muss sich auf eine neue Art und Weise um ihre Ernährungsgrundlagen kümmern. Das kann nicht wie bisher allein Agrarspezialisten überlassen bleiben. In der Landwirtschaft braucht es mehr Demokratie. Das muss ja nicht heißen, dass jetzt alle mitbestimmen sollen. Das wäre der Alptraum für die Bauern. Die Kunst der Demokratie besteht gerade darin, dass durch Meinungsstreit (hoffentlich) etwas Richtiges zustande kommt. An diesem Meinungsstreit mangelt es in der Landwirtschaft. Die widersprüchlichen Interessen der Bauern können nicht zur Sprache kommen. In der „Grünen Front“ aus Bauernverband, Genossenschaften, Agrarbürokratie und Agrarfakultäten herrscht ein undurchschaubares Durcheinander der Gegensätze.

Der Umbau der Landwirtschaft wird deshalb ein langwieriger und komplizierter Prozess sein, der die Anstrengungen vieler braucht. Lösungen werden im Handgemachten entstehen, sie werden nicht von einigen Wenigen erfunden werden. Im Folgenden möchten wir daher nur einige vorsichtige Anmerkungen machen.

Wir gehen dabei von der Überlegung aus, dass der Staat Wirtschaftsweisen nicht bestimmen sollte – und seien es auch die richtigen. Weniger Fehler kommen heraus, wenn mittels gesellschaftlicher Auseinandersetzungen die rechtlichen und ökonomischen Rahmenbedingungen so geändert werden, dass die Menschen von alleine das Richtige tun können und ein zerstörerischer Umgang mit den Tieren und dem Boden beschränkt wird. Das Ziel sollte eine nachhaltige Wirtschaftsweise sein, die von der Initiative oder wenigstens der Duldung der Bauern getragen wird. Ein solches Projekt ist allemal sinnvoller, als die Bauern mit Subventionen zu ködern, beispielsweise für Pflege- oder Dienstleistungsaufgaben.

1. Bestärken der Vielfalt landwirtschaftlicher Wirtschaftsstile

Das Programm „Verbesserung der Agrarstruktur“ sollte in Zukunft heißen: Bestärken der Vielfalt landwirtschaftlicher Wirtschaftsstile. Denn in der Landwirtschaft gibt es – und das stimmt uns optimistisch – viel mehr Wege als in dem Schlagwort vom „Wachsen oder Weichen“ vorgespiegelt wird. Gäbe es dieses angebliche ökonomische Naturgesetz, dann wäre die Agrarwende an ihrem Ende, bevor sie begonnen hat. Weder von der Politik noch von der Wissenschaft wäre gegen dieses Gesetz etwas auszurichten. Es gibt jedoch nicht nur den „wettbewerbsfähigen Vollerwerbsbetrieb“ und neben ihm die anderen auf der schiefen Ebene, die sich auf unterschiedlichen Stufen zum Ausscheiden aus der Landwirtschaft befinden. Landwirtschaft besteht heute aus einer Pluralität unterschiedlicher Wirtschaftsstile. Die Agrarwende muss deshalb nicht in Berlin und in den Labors erfunden werden. Sie kann sich stützen auf die vielen Versuche, die in der Landwirtschaft andere Wege gehen.

Diese Pluralität muss bestärkt und ermutigt werden. Die Politik kann dazu einiges beitragen. Sie kann eine Infrastruktur in der Beratung, der Landwirtschaftsschule wie im Bereich der Verarbeitung und Vermarktung fördern, die dieser Vielfalt nützt. Die Politik kann dazu beitragen, dass wir diese Vielfalt nicht als Zurückgebliebenheit wahrneh-

men, sondern schätzen lernen. Ein Bauernmarkt in der Stadt ist dafür ein Beispiel. Diesen allseits erwünschten 'Event' in der Innenstadt gibt es nur, wenn es Bauern in der Region gibt, die verschiedene Produkte liefern können – nicht nur Gerste, Mais und Schweinefleisch. Eine „zurückgebliebene Agrarstruktur“ mit vielen kleinen Bauern erscheint plötzlich in ganz neuem Licht.

2. Stopp der Wachstumsförderung

Viele Auswege, die in der Landwirtschaft gesucht werden, stoßen auf Schranken. Die Familien überlasten sich mit Arbeit, um die ständigen Wettbewerbsverzerrungen, die durch staatliche Wachstumsförderung ausgelöst werden, ausgleichen zu können. Förderprogramme, die Wachstumsbetrieben Vorteile verschaffen, müssen deshalb gestrichen werden.

Ebenso sollte die Förderung wissenschaftlicher Forschungen eingestellt werden, die natürliche Prozesse ohne Rücksicht auf die Gesundheit und das Wohlbefinden des Tieres durch technische ersetzen wollen. Ein systematisches Durchforsten dieser Posten ist überfällig. Hier kann kräftig Geld gestrichen werden. Das frei werdende Geld hat eine sinnvollere Verwendung verdient.

3. Demokratischer Umbau des Agrarapparats

Veränderung der Politik braucht auch Veränderung der Strukturen. Unser Plädoyer für „Mehr Demokratie in der Landwirtschaft“ heißt zuerst einmal, dass Interessen geschieden werden. Bauern, Verbraucher, Lebensmittelhandel und Agrarindustrie haben unterschiedliche Interessen. Diese Interessen müssen zur Sprache kommen, sich auseinandersetzen. Nur wenn sie sich offen streiten können, wird etwas Sinnvolles herauskommen. Ein Verband, ein Ministerium, ein Agrarapparat, die EU-Kommission können nicht für alle gleichzeitig reden. Wie sollen Konflikte ausgetragen werden, wenn die Interessenvertretung der Bauern aufs Engste mit deren „Marktpartnern“ verwickelt ist: mit dem Agrarhandel und dem Agrarkredit (Genossenschaften, Molkereien, Raiffeisenkassen usw.)? Mit diesen vordemokratischen Strukturen der „Grünen Front“ muss gebrochen werden. Dieselbe Verwicklung findet sich bei der landwirtschaftlichen Presse; ob sie nun Wachstum für die „top Agrarier“ oder den anderen etwas fürs Gemüt bringt. Es ist immer die gleiche ununterscheidbare Einheit des Gegensätzlichen: Bauernverband, Genossenschaften, Landwirtschaftskammern, Zuchtverbände, die immer gleichen landwirtschaftlichen

Untersuchungsanstalten und Agrarfakultäten. Bestehende massive Widersprüche zwischen Landwirtschaft, Verwaltung und Agrarindustrie können sich in solchen Zeitungen nicht ausdrücken. Noch viel weniger die verschiedenen Interessen zwischen den verschiedenen Gruppen von Bauern.

Das Problem verschärft sich, weil in der öffentlichen Auseinandersetzung diese grüne Machtzusammenballung undurchschaubar ist. Geht es in der Debatte um das Problem der „Agrarfabriken“ und „Massentierhaltung“, so verweist der Bauernverband auf die Mehrheit der kleinen Betriebe und behauptet, dass es keine Agrarindustrie gibt. Geht es um das Verbot der Käfighaltung für Hühner, so warnt der Bauernverband vor der Auswanderung der Eierzeugung in den Osten. Obwohl jeder weiß, dass diese zu über 80 % in industrieller Hand ist. Unklar ist, für wessen Interessen er gerade spricht. Darunter leidet die Glaubwürdigkeit. Die ganze Machtzusammenballung der „Grünen Front“ nützt den Bauern nichts mehr. Um nicht missverstanden zu werden: es geht uns bei dieser Kritik nicht um den Vorwurf des Taktierens. Jede Interessenvertretung sucht sich ihre Argumente nach taktischen Gesichtspunkten aus. Doch meistens bleibt dabei durchschaubar, welche Interessen dabei verfolgt werden. Das ist in der Landwirtschaft anders. Hier ist unklar geworden, ob der Bauernverband gerade für die Mischfutterindustrie oder für den Bauern aus dem Vogelsberg spricht.

Ein kleiner Silberstreif am Horizont ist selbst in der EU zu entdecken. Das EU-Parlament darf heute mehr als nur die Beschlüsse der Kommission absegnen. Es hat Mitentscheidungsrechte zum Beispiel in den Bereichen Umweltschutz, Lebensmittelsicherheit und Verbraucherschutz bekommen. Das bisher machtlose Parlament blockiert Gesetzgebungsverfahren und gewinnt Einfluss auf die Ratsentscheidungen. Dadurch beginnen sich die undurchschaubaren Verhältnisse in der EU zu lichten. Interessen werden durchsichtig.

Daraus ist auch für unsere Verhältnisse zu lernen: Die Debatte über eine neue Agrarpolitik versäumt ihre eigentlich politische Aufgabe, wenn sie sich nur um das Geldausgeben und neue Förderprogramme kümmert. Das war schon bisher der Fehler. Die Öffentlichkeit stritt über das Geld und übersah, dass Agrarpolitik auch über gesetzliche Regelungen, über Verwaltungen, über Forschungsförderung, wissenschaftliche Beiräte, Zuchtverbände, Landwirtschaftsschulen usw. massiv die gegenwärtige Sackgasse herbeiführte. In Zukunft wird sich deshalb nichts Grundlegendes ändern,

wenn nur die Ziele der Subventionen erneuert werden, der ganze Apparat jedoch unverändert weiter arbeitet. Es ist eine Illusion, dass ein Ministerium diesen Apparat durch neue Ziele von oben nach unten verändern kann. Der Apparat kann weiterarbeiten wie bisher und den nächsten Regierungswechsel abwarten.

Deshalb müssen Kompetenzen aufgespalten statt konzentriert werden, Abteilungen können abgebaut oder neu gewichtet, parallele Beratungseinrichtungen und Pluralität in Beiräten und EU-Ausschüssen geschaffen, neue Leute eingestellt werden. Bei der Zulassung und Prüfung neuer Ställe, der Förderung von Zuchtverbänden sind unabhängige Einrichtungen nötig, die vom Tier und seinen Bedürfnissen ausgehen und nicht von der Technik. Für einen Apparat, der schon zu lange ohne gesellschaftliche Kontrolle ein Modell der Agrarentwicklung betrieb, ist nichts motivierender und innerlich erneuernder als Konkurrenz und „Gewaltenteilung“.

4. Demokratisierung von Planungsverfahren

Der Naturschutz wird in den landwirtschaftlichen Wochenblättern als Gegner der Bauern liebevoll wöchentlich gepflegt. Die Anlässe dazu sind leider günstig. In Planungsverfahren (z. B. die Ausweisung eines Naturschutzgebietes oder eines Biosphärenreservates) fühlen sich die Bauern übervorteilt, Misstrauen breitet sich aus, der einzelne sieht sich zum Querulanten oder Sündenbock erniedrigt. Und die Behörde geht bei ihren Planungen von der verstockten Renitenz der Bauern aus. Solche Verfahren geben meist eine zu einfache Antwort auf eine komplexe Situation. Die vielfältigen ökonomischen, sozialen aber auch kulturellen Gründe, die Bauern z. B. zum Aufgeben oder Wachsen führen, die veränderten Ansprüche der Bürger an die Landschaft oder die veränderten öffentlichen und privaten Aufgaben können in den Verfahren nicht ausgesprochen werden. Widersprüchliche Interessen über den zukünftigen Umgang mit dem Land können deshalb nicht offen ausgetragen werden.

Die regelmäßig festgestellte Sackgasse, in die Landwirtschaft und Naturschutz geraten, beruht deshalb nicht auf den Widersprüchen, sondern darauf, dass die widersprüchlichen Interessen überhaupt nicht zur Sprache kommen können. Statt der wohlfeilen Kritik an eitlen oder willfährigen Beamten wäre an Planungsverfahren die Frage zu stellen:

- Erlauben sie den Interessenausgleich der Beteiligten oder verschaffen sich nur einige den Zugriff auf öffentliche Gelder, Bewilligungen, Land usw.?
- Es ist nicht so entscheidend, ob die einzelne Institution oder der einzelne Beteiligte das Richtige will – wie sollten sie auch? – sondern ob das Verfahren eine Auseinandersetzung erlaubt.
- Ermöglichen die Verfahren eine Machtbalance staatlicher Verwaltungen – oder konzentrieren sie sämtliche Kompetenzen?
- Welche neuen Formen der Interessenauseinandersetzung sind möglich (z. B. Runde Tische oder Agenda-21-Prozesse)?

5. Die Gelegenheiten für Erfahrungen zwischen Landwirtschaft und Gesellschaft müssen vermehrt werden

Wenn es keine gemeinsamen Erfahrungen mehr zwischen Landwirtschaft und Gesellschaft gibt, dann können die Vorurteile auf beiden Seiten gepflegt werden. Deshalb sind die vielen landwirtschaftlichen Projekte, die von Städten, Schulen, Kirchen, Initiativen zusammen mit Bauern gemacht werden, von großer Bedeutung. Dabei werden bessere Einkaufs- und Verkaufsmöglichkeiten eröffnet. Zugleich erfahren beide etwas übereinander.

An der Mühsal bei der Wiedereinführung der Schulmilch kann ein Elternbeirat lernen, welche Hindernisse die Hygienevorschriften für Milch und die Konzentration der Molkereien auftürmen. Ebenso wichtig sind dabei die Erfahrungen, die mit den Verzehrgeohnheiten der eigenen Kinder zu machen sind, wenn sie Pausensnacks kaufen und das Vesperbrot in den Papierkorb werfen. Wenn die Konfirmanden im Konfirmandenunterricht einen Kartoffelacker anpflanzen, bearbeiten und mit Kartoffeln kochen lernen, dann haben sie etwas über die Schöpfung, die landwirtschaftliche Arbeit und sich selber gelernt.

In den letzten Jahren haben sich viele Kommunen und Landkreise neue landwirtschaftliche Betätigungsfelder geschaffen. Sie fördern die Vermarktung (Bauernmärkte, regionale Belieferung von Großküchen), die Extensivierung der Landwirtschaft, die Kooperation zwischen Landwirtschaft und Wasserwerken, die Kompostierung usw. Die Liste solcher Beispiele ist unüberschaubar. Dabei wird nicht „die Lösung“ für die Landwirtschaft erfunden, wie manchmal Kritiker einwenden. Eine Lösung für die ganze Landwirtschaft gibt es nicht.

In solchen gemeinsamen Projekten zwischen Gesellschaft und Landwirtschaft geht es nicht zurück in die schönen alten Zeiten. Hier können wieder Erfahrungen miteinander gemacht werden, mit dem Alltag der modernen Stadt und des modernen Landes.

6. Lebensmittelsicherheit: Gesunde Tiere statt Dopingkontrolle

Die Art der Erzeugung unserer Nahrungsmittel hat entscheidenden Einfluss auf ihre Qualität. Nur gesunde Tiere bringen gesunde Lebensmittel hervor. Deshalb sind die Haltungsbedingungen, die Fütterung und die Frage des Medikamenteneinsatzes auch für die Lebensmittelqualität von Bedeutung, nicht nur für den Tierschutz. Wenn im Stall der Fehler schon gemacht, der Einsatz von Medikamenten als Reparaturmittel erforderlich wird, dann verkommt die Lebensmittelsicherheit zur Dopingkontrolle.

Alle Kontrolle ist auf Dauer überfordert, wenn nicht die Gefahren für die Lebensmittelsicherheit möglichst nah an der Quelle vermieden werden. Deshalb dürfen z. B. als Futtermittel nur noch unbedenkliche Stoffe zugelassen werden (Positivliste). Auf den Einsatz gentechnisch veränderter Organismen in der Land- und Ernährungswirtschaft muss verzichtet werden. Ihr Gefahrenpotenzial ist nicht absehbar.

Die „gläserne Kette“, die das enttäuschte Vertrauen der Verbraucher in die Fleischwirtschaft zurückholen soll, sagt über die Haltungs- und Fütterungsbedingungen der Tiere nichts oder nur wenig aus. Die Verfahren, die unter diesem Motto entwickelt werden, zielen geradezu darauf ab, sich mit geringen Änderungen zu begnügen, um den bisherigen Standard zu sichern. Und Skepsis ist angebracht, ob das arbeitsteilige Geflecht von Futtermittelindustrie bis zum Lebensmittelhandel überhaupt jemals kontrollierbar und für den Kunden an der Theke transparent und nachvollziehbar sein wird. Wichtiger als Zertifikate über Eigenkontrollen wird weiterhin das persönliche Vertrauen sein, das Verbraucher in die Menschen hinter der Theke setzen. Das gilt um so mehr, je kürzer und nachvollziehbarer die Wege sind, die die Waren zurücklegen.

Bisher werden die direkten Wege jedoch behindert durch eine schlichte Übertragung der Vorschriften vom industriellen auf den handwerklichen Bereich. Das bringt für die Lebensmittelsicherheit keinen Fortschritt, wohl aber hohe Investitionen. Wenn ein Bauer einmal im Monat schlachtet oder auf der

Alp Käse macht, dann erfordert das andere Kontrollmaßnahmen und Einrichtungen als in einem großen Schlachthof oder in einer industriellen Käserei. Die für die arbeitsteilige Fleisch- oder Molkereiwirtschaft entwickelten Regelungen mögen ihren Sinn haben, auf die handwerkliche Erzeugung angewandt behindern sie die von vielen Verbrauchern favorisierte Vielfalt von Lebensmitteln. Auch dies ist ein Bereich, in dem ohne Subventionen Vieles in Bewegung gesetzt werden kann.

7. Lebensmittelhandel – ein optimistischer Ausblick

Bisher beherrscht der „billige“ Preis den Wettbewerb unter den Konzernen des Lebensmittelhandels. Weil dabei für die meisten nichts zu verdienen ist, halten das nur die kapitalkräftigsten durch. Abzusehen ist, dass selbst einige große Konzerne aufgeben werden und letztlich eine Handvoll großer Handelsketten und einige kleinere, regional verbreitete Unternehmen übrig bleiben. Dieser Prozess der Machtkonzentration ist kaum aufzuhalten, auch nicht über das Kartellrecht. Ist damit jede positive Bewegung ausgeschlossen? Drei Entwicklungen sprechen dagegen.

Erstens: Beispiele aus der Schweiz, Dänemark und England zeigen, dass die Größe eines Handelskonzerns nicht unbedingt ein Hindernis für die Qualitätsorientierung bei Lebensmitteln sein muss. Wenn eine Kette – wie das in der Schweiz Migros und Coop taten – ihren Lieferanten verkünden würde „Wir kaufen euch in zwei Jahren keine Käfig-Eier mehr ab“, dann hätten wir eine andere Diskussion. Natürlich werden die Ketten das nur tun, weil an einem Qualitäts-Ei mehr zu verdienen ist als am austauschbaren Einerlei, das am unteren Ende der Preisskala angelangt ist. Und sie werden es auch nur tun, wenn die Kundschaft das Ei will. Zu vermuten ist, dass deshalb die großen Ketten in Deutschland erst auf den Zug aufspringen werden, wenn andere, kleinere regionale Ketten (z. B. tegut, familla, Feneberg) den „Qualitätsmarkt“ getestet und erkundet haben.

Zweitens: Auch den einzelnen noch selbstständig geführten Läden (also nicht die Filial- bzw. „Regiemärkte“, wie sie bei der Edeka und REWE noch verbreitet sind) kommt hier eine Vorreiterrolle zu. Ihre Verträge mit den Ketten geben ihnen in einigen Bereichen große Freiheiten, selbst zu entscheiden, welche Waren sie von wem beziehen. Wenn die Kunden andere Lebensmittel verlangen, dann können sie diese auch im Supermarkt bekommen.

Drittens sind die Bio-Supermärkte zu nennen, deren Zahl und Umsätze zunehmen und örtlich zu einer stimulierenden Konkurrenz für die „konventionellen“ Läden heranwachsen.

In allen drei Fällen unserer optimistischen Variante werden die Bauern auf Dauer nicht automatisch einen besseren Preis bekommen. In der weiterhin bestehenden Preiskonkurrenz im Lebensmittelhandel wird der Bauer bekommen was übrigbleibt. Er wird erst dann an Qualitätsprodukten mehr Geld verdienen, wenn er deren Preis verteidigt.

8. Den ökologischen Landbau stärken

Der Ökolandbau muss entschieden gefördert werden. Das ist keine Benachteiligung der restlichen Bauern, sondern es verschafft dem Ökolandbau endlich gleiche Konkurrenzbedingungen. An diesem Prinzip sollte die Förderung in Zukunft gemessen werden. Die Möglichkeiten einer neuen Agrarpolitik sollten wir dabei nicht überschätzen. Mehr Ökolandbau wird es nicht geben ohne die Verbraucher. Von Ökoprüfzeichen über Aufklärung der Verbraucher bis zum Unterricht in den Schulen kann der Staat etwas zur Absatzsteigerung tun. Wenn er hier nicht aktiv wird, sind seine Fördermaßnahmen zum Umstellen auf Ökolandbau kontraproduktiv. Wenn der Markt für Ökoprodukte nicht mit der Erzeugung wächst, dann fallen die Preise. Auch im Ökolandbau werden sich dann Entwicklungen beschleunigen, die wir heute an der Landwirtschaft allgemein beklagen: Spezialisierung, Wachstum der Tierbestände und Flächengrößen, Abhängigkeit von industriellen Vorleistungen.

So paradox es klingen mag: der Ökolandbau wird nur eine Zukunft haben, wenn er nicht nur an seine eigene Vermehrung denkt. 20% Ökolandbau in 10 Jahren wird es nur dann geben, wenn sich die Landwirtschaft insgesamt wandelt. Wir widersprechen entschieden der mitunter vertretenen Haltung, dass Verbesserungen in der allgemeinen Landwirtschaft dem Ökolandbau einen Teil seiner besonderen Anerkennung (Zusatznutzen für die Verbraucher/Gesellschaft) nehmen. Das Problem des Ökolandbaus ist eher, dass die Verbraucher den hohen Preisabstand zwischen ökologischen und konventionellen Nahrungsmitteln nicht akzeptieren. Wenn über steigende Leistungen (Anforderungen) der konventionellen Landwirtschaft deren Kosten- und damit Preisniveau steigt, verringert das den Preisunterschied und verbessert die Möglichkeiten, den ökologischen Landbau auszubauen.

9. Die Landwirtschaft braucht nicht weniger, sondern mehr Menschen

Tiere artgerecht zu halten und den Boden nachhaltig zu bewirtschaften, das macht mehr Arbeit. Eine nachhaltige Landwirtschaft ist nicht denkbar ohne Verringerung der Arbeitsbelastung für die Einzelnen und eine Vermehrung der Arbeitsplätze in der Landwirtschaft. Sonst laufen die Menschen der Landwirtschaft davon.

Arbeit ist auf den Höfen genug. Sie kann nur nicht bezahlt werden. Die starke Belastung durch die Arbeitsanspannung führt oft dazu, dass Arbeiten liegenbleiben, die zur langfristigen Sicherung der Höfe und der Landschaft notwendig sind.

Die Arbeitskraft reicht gerade dazu aus, um den Betrieb „am Laufen“ zu halten. Die Erhaltung der Gebäude, die Erhaltung der Arbeitskraft der Familie, die Weiterbildung, Pflegearbeiten an Gehölzen, Gewässern in der Feldflur und im Wald, die Sorge um die Tiergesundheit, Entwicklung tiergerechter Stallformen, ein schöner Garten usw. müssen oft zurückstehen.

Über diese direkten Hofaufgaben hinaus gibt es viele Dinge, die von den Familien nicht mehr getragen werden können.

- Direktvermarktung und Weiterverarbeitung erfordern zusätzliche Arbeitskräfte.
- Die dringend notwendige Rückführung von Nährstoffen von der Stadt aufs Land überschreitet die Möglichkeiten einzelner Höfe bei weitem.
- Die Rekultivierung der Landschaft, der Rückbau der von der Flurbereinigung, dem Gewässer Ausbau usw. angerichteten Schäden steht immer noch aus.

In diesen und vielen anderen reproduktiven Arbeiten eröffnet sich ein weites Feld, in dem die Landwirtschaft Arbeitsentlastung notwendig braucht um nachhaltig wirtschaften zu können. Neue Arbeits- und Einkommensmöglichkeiten können hier geschaffen werden.

Statt des weiteren Abbaus von Arbeitsplätzen braucht es auch in der Landwirtschaft Anreize, um Arbeitsplätze zu erhalten und neue zu schaffen.

Anmerkung

Dieser Beitrag ist eine überarbeitete Version aus zwei Kapiteln des Buches „Agrarwende oder: Die Zukunft unserer Ernährung“, welches im Herbst 2001 im Beck-Verlag erschienen ist.

Autoren

Dr. Götz Schmidt, wissenschaftlicher Mitarbeiter der AG Land- und Regionalentwicklung, Fachbereich Stadt- und Landschaftsplanung, Universität Gesamthochschule Kassel.

Kontakt:
Tel: 05 61 / 804 35 60; Fax: 05 61 / 804 31 80
E-Mail: goetz.schmidt@uni-kassel.de

Ulrich Jasper, stellvertretender Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL).

Kontakt:
AbL-Geschäftsstelle, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm
Tel.: 0 23 81/9 05 31 72, Fax: 0 23 81/49 22 21
E-Mail: jasper@bauernstmmme.de